

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015
Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Danke schön für die freundliche Begrüßung, lieber Herr Bsirske, liebe Frau Brandl und liebe Jugendliche des Kölner Jugendchors. Das war ganz toll, wie ihr die 1.000 Delegierten direkt in Schwung gebracht habt. Das war wunderbar.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung! Sehr geehrter Herr Vorsitzender des DGB, lieber Herr Hoffmann! Sehr geehrte Vorsitzenden der anderen Gewerkschaften oder ihre Stellvertreter! Liebe Delegierte dieses 4. ver.di-Kongresses! Meine Damen und Herren! „Stärke. Vielfalt. Zukunft.“ Das ist das Motto Ihres Bundeskongresses, der hier in Leipzig in den nächsten Tagen stattfinden wird. Ich erinnere mich immer noch gerne an Leipzig aus ganz anderen Zeiten, als ich hier Physik studiert habe. Schon damals war Leipzig immer eine Reise wert. Vielleicht ist das Messezentrum glücklicherweise ein bisschen von der Innenstadt entfernt, sodass Sie nicht dauernd ausbüchsen können. (Heiterkeit) Sie werden sicherlich auch mal ein paar Stunden für einen netten Ausflug Zeit haben. Es lohnt sich.

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, „Stärke. Vielfalt. Zukunft.“ ist ein Motto, das sich die ver.di-Gewerkschaft gegeben hat und das Selbstbewusstsein ausstrahlt. Und obwohl es erst Ihr 4. Bundeskongress ist, sind Sie sicherlich zu einem wichtigen Element der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden. Egal, ob man jeweils mit Ihnen übereinstimmt oder nicht: An Ihnen kommt man nicht vorbei. So viel kann ich, glaube ich, sagen. (Lebhafter Beifall) Und da ich eine überzeugte Vertreterin der Tarifpartnerschaft bin, sage ich das mit gewissem Respekt, aber natürlich manchmal auch mit kleiner Sorge. Aber ich bin in die tarifvertraglichen Auseinandersetzungen nicht eingebunden. Da habe ich es gut. (Heiterkeit)

Stark, vielfältig und zukunftsgerichtet - so soll, da stimmen Sie sicherlich mit mir überein - auch Deutschland sein. Meine Damen und Herren, Deutschland ist zurzeit in vielen Bereichen stark, auch wenn wir noch viele Probleme zu lösen haben. Der Arbeitsmarkt ist in einem guten Zustand. Wir haben eine Höchstzahl von Erwerbstätigen, aber wir haben vor allen Dingen auch eine Höchstzahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Es ist richtig, dass sich ver.di immer wieder für faire Arbeitsbedingungen einsetzt. Denn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ver.di vertritt, sind häufig auch in Branchen tätig, die nicht nur auf langjährige Erfahrung oder langjährige Unterstützung einer starken Industrie aus sein konnten, sondern oft in Bereichen, in denen Menschen für Menschen arbeiten, in denen Dienstleistungsgewerbe mit nicht so starken tarifvertraglichen Ordnungen völlig neu entstanden ist, wie wir das aus den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland und der Geschichte kennen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir eine starke Interessenvertretung gerade dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Ich sage auch: Es war ja der DGB insgesamt, aber auch ver.di, die sich für einen Mindestlohn von 8,50 Euro eingesetzt haben. Sie wissen, dass ich einen langen Weg gegangen bin, auch ich persönlich, weil ich immer dachte, der Mindestlohn muss doch etwas sein, was die Gewerkschaften alleine durchsetzen können in den tarifvertraglichen Auseinandersetzungen. Herr Bsirske, wir haben oft darüber gesprochen. Aber die tarifvertraglichen Bindungen sind heute nicht mehr so breit, dass wir sicher sein können, dass das auch gelingt. Deshalb haben wir heute diesen Mindestlohn, und der



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015
Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

ist sicherlich für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Fortschritt. Das ist wichtig, dass das erreicht wurde. (Beifall)

Ich finde es aber auch wichtig, dass die Politik nicht direkt die Entwicklung des Mindestlohns in Zukunft verfolgen wird, sondern dass wir dafür eine Mindestlohnkommission haben, die aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bestehen wird und jeweils die Anpassungen des Mindestlohns vorschlägt, und die Politik wird das dann nachvollziehen. Ich glaube, das ist richtig.

Wir haben in der Bundesregierung auch noch einige Vorhaben, die für Sie von besonderer Bedeutung sind. Das sind die Fragen der Leiharbeit, das sind die Fragen der Werkverträge. Insofern werden wir sicherlich auch weiterhin in einem intensiven Dialog bleiben.

Stärke für Deutschland liegt allerdings auch in soliden öffentlichen Finanzen. Sie haben im Zusammenhang mit der Euro-Krise gesehen: Die Länder, die diese soliden Finanzen nicht so aufweisen konnten, haben schwierige Zeiten durchlebt oder durchleben sie noch. Wir können heute sagen, dass wir auf der Bundesebene im letzten Jahr und in diesem Jahr keine Schulden gemacht haben oder machen werden. Ich will, weil ich weiß, dass viele von Ihnen vielleicht nicht zu hundert Prozent so begeistert sind wie ich, noch einmal darauf hinweisen: Das ist nicht nur eine fiskalische Frage, das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, eine Frage dessen, was wir zukünftigen Generationen hinterlassen und wie viel eigenen Spielraum für Entscheidungen sie dann haben werden.

Wir können als Bund auch vielfältige Unterstützungen leisten. Der Oberbürgermeister von Leipzig ist hier. Er weiß, dass wir in den letzten Jahren immer wieder Kommunen unterstützt haben. Das war der Fall durch die Übernahme der Grundsicherung; ich glaube, das war eine ordnungspolitisch absolut richtige Maßnahme: denjenigen, die sich in ihrem Leben keine ausreichende Rente erarbeiten konnten, dann auch durch den Bund die Grundsicherung im Alter zu bezahlen. Wir sind eingestiegen in zusätzliche finanzielle Leistungen, um die stark steigenden Kosten der Eingliederung mit zu finanzieren. Das wird bis 2018 auf 5 Milliarden Euro Unterstützung seitens des Bundes aufwachsen. Wir haben ein Sonderprogramm für schwache Kommunen gemacht, die es auch gibt, die sich nicht so finanzieren können wie diejenigen, die wirtschaftlich stärker sind, von 3,5 Milliarden Euro zwischen 2015 und 2018.

Aber in diesen Tagen ist es vielleicht am wichtigsten zu sagen, dass es gut ist, dass wir uns in dieser guten Verfassung befinden, wenn wir uns die Aufgabe, die wir im Augenblick zu bewältigen haben, einmal anschauen. Wir haben eine hohe Zahl von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen. Auch hier auf dem Messegelände sind Flüchtlinge in einer Erstaufnahmeeinrichtung. Ich weiß, lieber Herr Oberbürgermeister, stellvertretend für alle kommunalen Vertreter, was Sie in diesen Tagen leisten, ad hoc, oft ohne Vorbereitung, sehr schnell handeln zu müssen. Ich sage all denen, die dabei helfen, den kommunalen Spitzenvertretern, den Ländern, den vielen, vielen ehrenamtlichen Organisationen ein herzliches Dankeschön für das, was sie leisten. Sicherlich sind auch viele Gewerkschafter dabei. Danke für das, was sie tun. (Beifall)

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015
Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Angesichts der gewaltigen Herausforderung, vor der wir stehen, will ich einige Sätze sagen. Deutschland ist hilfsbereit. Jeder kann das erleben, auch außerhalb unseres Landes. Aber es ist doch nicht nur eine deutsche Herausforderung, sondern es ist eine europäische Herausforderung. Wir sind eine Europäische Union, die die gleichen Werte vertritt, die eine gemeinsame Asylpolitik hat, die sich für offene Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten eingesetzt hat. Das bedeutet aber auch, dass Europa jetzt gemeinsam handeln muss und gemeinsam Verantwortung tragen muss. Deutschland allein kann diese Aufgabe nicht schultern. Deshalb hoffe ich, dass wir bei den anstehenden europäischen Debatten - am Dienstag die Justiz- und Innenminister, am Mittwoch die Staats- und Regierungschefs - Erfolge erzielen, die den Menschen zeigen, Europa nimmt sich dieser Verantwortung gemeinsam an. Das wird viel aussagen über die Zukunftsfähigkeit dieses Europa. Wir wollen alle ein starkes Europa, nicht nur ein starkes Deutschland, meine Damen und Herren. (Beifall)

Viele Dinge können wir in Europa nur gemeinsam lösen, zum Beispiel die Sicherung der Außengrenzen, aber auch die Bekämpfung der Fluchtursachen. Es ist natürlich nicht in Ordnung, dass ein Welternährungsprogramm oder UNHCR, die Weltflüchtlingsorganisation der UN, nicht ausreichend Gelder haben, sodass Lebensmittelrationen in den Herkunftsländern oder in den Fluchtländern wie Libanon und Jordanien gekürzt werden müssen. Wir müssen alles daran setzen, und Europa muss hier auch seinen Teil tun, damit diese Kürzungen wieder aufgehoben werden und Menschen überall eine vernünftige Perspektive haben. (Beifall)

Wir werden in dieser Woche auch wichtige Entscheidungen auf der Bundesebene treffen, während Sie hier Ihren ver.di-Kongress haben, zusammen mit den Ländern. Ich werde morgen Abend die kommunalen Spitzenverbände zu Gast haben. Wir werden deren Erwartungen besprechen, und wir werden dann am Donnerstag, so hoffe ich, wichtige Entscheidungen treffen, einmal über die Frage, wie kann der Bund Länder und Kommunen stärker finanziell unterstützen, aber auch darüber, was wir in unseren Gesetzen verändern müssen, um schneller zu werden, an manchen Stellen auch flexibler zu werden und um deutlich zu machen: Wir wollen denen Schutz geben, die Schutz brauchen. Aber wir müssen auch denen, die aus anderen Gründen, aus wirtschaftlichen Gründen, zu uns kommen, sagen, ihr habt bei uns keine Bleibeperspektive, damit wir denen, die wirklich Hilfe brauchen, auch wirklich Hilfe leisten können. (Beifall - vereinzelt Buh-Rufe) Ich glaube, darüber kann man sicherlich unterschiedlicher Meinung sein, vor allem darüber, wen was betrifft. Das ist Meinungsvielfalt. Ich bin aber ganz fest davon überzeugt, dass wir auch nicht erfolgreich sein werden, wenn wir so tun, als würden wir alles schaffen. Wir sind ein großes Land, wir sind ein starkes Land, wir wollen ein vielfältiges Land sein. Aber so zu tun, als ob wir alle sozialen Probleme dieser Erde allein lösen könnten, das wäre nicht realitätsnah. Ich finde, wir müssen auch einen Blick auf die Realität haben. (Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir über Stärke sprechen, dann geht es doch um wirtschaftliche Stärken. Hier gibt es auch Themen, die durchaus in kontroverser Debatte zwischen uns geklärt werden müssen. Lieber Herr Bsirske, Sie wissen das. Wir glauben, dass wir als Volkswirtschaft eine offene Volkswirtschaft sein sollten. Wir hängen stark vom Export ab; Sie wissen das. Deshalb ist es für uns von Vorteil, auch für die Arbeitsplätze der Zukunft, für qualifizierte und gute Arbeitsplätze, dass wir unsere Handelsbeziehungen ordnen und dass wir auch Freihandelsabkommen unterstützen. (Buh-Rufe) Ich weiß. Schauen



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015
Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Sie, wir wollen doch einfach miteinander über alle Probleme reden. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich kenne ja Ihre Meinung. Mir springt ja auch sonst keiner der anderen Einzelgewerkschaftsvorsitzenden bei, fürchte ich. Es ist ja nicht nur Herr Bsirske, sondern auch noch alle anderen. (Beifall)

Ich sage es trotzdem, denn es gibt für mich ein Paradoxon; das will ich hier wenigstens loswerden. Als wir Freihandelsabkommen mit Südkorea abgeschlossen haben, als wir Freihandelsabkommen mit anderen Ländern abgeschlossen haben, da haben die Gewerkschaften dies eigentlich relativ ruhig begleitet. Jetzt, wo wir ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika abschließen wollen, gibt es unglaubliche Unruhe und Ablehnung. Jetzt sage ich Ihnen, was diese Freihandelsabkommen unterscheidet. Es gibt Unterschiede. Die normalen Freihandelsabkommen beschäftigen sich fast ausschließlich mit Zöllen, Einfuhrzöllen, Ausfuhrzöllen, barrierefreiem, sozusagen zollfreiem Handel zwischen den Ländern.

Alle diese Handelsabkommen haben so gut wie keine Teile, in denen es um soziale Standards, Umweltstandards, Verbraucherschutzstandards geht. Das kann man machen. Man kann die Augen schließen. Man kann sagen: Dafür interessieren wir uns nicht so, Hauptsache, die Zölle sind weg. So sind die Handelsabkommen weltweit jahrelang verhandelt worden. Diesmal, bei dem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, geht es in der Tat um mehr. Und deshalb ist es auch richtig, dass wir über dieses Mehr diskutieren. Aber es wird kein einziger Standard, der in der Europäischen Union oder in Deutschland gilt, abgesenkt durch dieses Freihandelsabkommen - (vereinzelt Widerspruch) weder im Verbraucherschutz, noch im Umweltschutz, kein einziger Standard. Wer es mir nicht glaubt, kann bei mir vorstellig werden. Ich biete Gespräche an. (Heiterkeit - Beifall)

Es geht um die Harmonisierung von Standards, meine Damen und Herren, oder um die unterschiedliche Akzeptanz von Standards. Ich sage Ihnen voraus: Ein solches Abkommen, wie wir es mit den Vereinigten Staaten von Amerika abschließen wollen, könnte qualitätsbildend für andere Handelsabkommen auf der Welt sein, wo uns heute die Verbraucher-, Sozial- und Umweltbedingungen überhaupt noch nicht ausreichend interessieren. Wir alle wissen: Fairen Wettbewerb weltweit kann es nicht nur geben, wenn man keine Zölle hat, sondern fairen Wettbewerb - und Sie mit Ihren Arbeitsplätzen wissen das am allerbesten - kann es nur geben, wenn wir Schritt für Schritt - und das wird ein langer Weg sein in der globalen Welt - auf gleiche oder ähnliche Standards hinarbeiten, die weit mehr sind als Zölle, sondern die eben auch soziale, Verbraucher- und Umweltstandards mit beinhalten. Deshalb bin ich - das will ich zumindest sagen - der Meinung, dass wir dies versuchen sollten, auch wenn es ein schwerer Weg ist. Meine Damen und Herren, ich hätte gar nicht so emotional gesprochen, wenn Sie nicht gleich so emotional reagiert hätten. Aber so ist es ja auch schön. (Heiterkeit - Beifall)

Meine Damen und Herren, das zweite Schlagwort Ihres Mottos, Vielfalt, ist in der Tat eine Errungenschaft, die Deutschland stark gemacht hat. Sie sind eine Gewerkschaft der Vielfalt. Sie sind aus etlichen Einzelgewerkschaften entstanden. Sie repräsentieren ein unglaubliches Spektrum von Berufen und Betrieben. Deutschland ist auch ein Land der Vielfalt, und nichts könnte symbolischer dafür sein als die jungen Menschen, die hier so vielfältig aufgetreten sind.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015
Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Wir wissen, dass vor uns jetzt wieder eine große neue Aufgabe liegt, die Aufgabe der Integration von vielen Flüchtlingen, die dauerhaft hier bei uns bleiben werden. Wir haben erlebt, dass wir in den Sechziger- und Siebzigerjahren das Thema der Integration nicht ausreichend erkannt haben. Ich sage das ganz ausdrücklich für die Politik, weil ich weiß, dass gerade die Gewerkschaften die ersten waren, die am Arbeitsplatz dafür gesorgt haben, dass damals sogenannte Gastarbeiter, Menschen mit Migrationshintergrund, in die betriebliche Realität voll integriert wurden und ihren Beitrag leisten konnten. Dafür, lieber Herr Sommer - ich spreche Sie jetzt stellvertretend an, weil wir oft darüber gesprochen haben -, ein herzliches Dankeschön. Das war anrührend, das war berührend. Sie waren Ihrer Zeit voraus. Seien Sie das bitte bei den Flüchtlingen auch wieder. Wir von der Politik werden Ihnen allerdings näher auf den Fersen sein, weil wir das inzwischen auch erkannt haben.

Ich glaube, wir haben eine wichtige Entscheidung gefällt am letzten Freitag, als wir festgelegt haben, dass Herr Weise auch als Präsident das BAMF leiten wird, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Damit zeigen wir: Der Weg von der ersten Registrierung hier in Deutschland, über ein Asylverfahren natürlich, muss für die, die eine Bleibeperspektive haben, sofort gegangen werden in Richtung Integrationskurs, Sprache erlernen, Arbeitsmarktvermittlung. Uns ist klar, dass nicht jeder sofort eine Arbeit leisten können. Aber es gibt Hochqualifizierte und unser Ziel muss sein, möglichst alle in Arbeit zu bringen, auch wenn das bei einigen eine ganze Zeit dauern wird. Ich glaube, hier sind wir gemeinsam einer Meinung. (Beifall)

Meine Damen und Herren, Ihr drittes Stichwort ist Zukunft. An Zukunftsaufgaben mangelt es uns nicht, und ver.di ist mit diesen Zukunftsaufgaben auch täglich konfrontiert. Das ist auf der einen Seite die Balance zwischen den Löhnen und Gehältern derer, die mit Menschen arbeiten, und derer, die mit Maschinen arbeiten. Hier gibt es über viele Jahre sicherlich ein Gefüge, wo man die Frage der Gerechtigkeit nicht sofort mit Ja beantworten kann. Ich will auf die aktuellen Auseinandersetzungen - das werden Sie verstehen - hier tunlichst nicht eingehen, aber ich will nur sagen, dass wir über das Thema „Arbeit mit Menschen“ natürlich in vielfältiger Weise auch in den nächsten Jahren reden und dass wir dort handeln werden. Wir haben seitens der Bundesregierung in der Großen Koalition in dieser Legislaturperiode einen Schwerpunkt gesetzt, das ist der Schwerpunkt Pflege. Wir haben, obwohl wir sonst keine Steuern erhöhen, möglichst keine Beiträge erhöhen, von Anfang an gesagt, auch schon im Wahlkampf, seitens der CDU, aber auch seitens der SPD: Wir werden die Pflegeversicherungsbeiträge erhöhen, weil wir die Leistungen für die, die pflegen, erhöhen müssen und weil wir auch die Leistungen für die zu Pflegenden erhöhen müssen. Wir haben jetzt mit dem neuen Pflegebegriff - diejenigen, die daran mitgearbeitet haben, werden es wissen - einen Riesenschritt gemacht, einen Schritt zu mehr Gerechtigkeit, endlich auch zur Beteiligung der Menschen, die dement sind, die andere Erkrankungen haben als einfach nur körperliche Schwäche. Mit diesem neuen Pflegebegriff stellen wir zwei Dinge sicher: erstens mehr Gerechtigkeit für alle Formen des Pflegens, und zweitens wird es keinem schlechter gehen, obwohl dieser neue Pflegebegriff eingeführt wird. Es gibt Mehrleistungen für diejenigen, die pflegen. Es gibt Mehrleistungen für diejenigen, die zu Hause pflegen. Das sind wichtige Schritte.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015
Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Ich möchte vor allen Dingen darauf hinweisen, dass gerade die Gewerkschaft ver.di sich dafür eingesetzt hat, dass wir an dieser Stelle auch Ansprüche an diejenigen stellen, die Pflege übernehmen, die in der Pflege arbeiten. Das erfordert politische Antworten, so eben auch die Frage der Tarifverträge, die anerkannt werden müssen. Ich will ausdrücklich sagen: In dieser Branche sind Tarifverträge genauso wichtig wie in jeder Branche, vielleicht noch wichtiger, und sie müssen eingehalten werden. Das ist absolut notwendig. (Beifall)

Eine zweite Frage der Zukunftsfähigkeit hat etwas zu tun mit der Digitalisierung. Das alles spielt sich in der Gewerkschaft ver.di gleichermaßen ab, der demografische Wandel genauso wie der Wandel der Gesellschaft durch die Digitalisierung. Hier wird sich die Arbeitswelt rasant verändern. Alle Einzelgewerkschaften und der DGB sind sich dessen bewusst, arbeiten mit in den verschiedenen Initiativen der Bundesregierung. Wir haben einen wirklich spannenden Dialog über die Arbeit in der Zukunft und die Zukunft der Arbeit in Meseberg, wo wir uns regelmäßig austauschen. Ich sage an dieser Stelle nur, ohne dass wir die Antworten alle schon kennen: Es muss sichergestellt werden, dass die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und natürlich auch die Rechte der Arbeitgeber weiter in einer vernünftigen Balance bleiben. Es kann nicht sein, dass Menschen rund um die Uhr verfügbar sein müssen, nur weil das Smartphone rund um die Uhr SMS oder Botschaften absendet. (Beifall)

Gleichzeitig müssen wir auch die Chancen der Digitalisierung nutzen, und wir müssen vor allen Dingen in Bildung und Qualifizierung investieren. Wer in diesen Tagen auf der IAA war und gesehen hat, wie der Anteil der Software an einem Automobil wächst, der weiß, dass auch die verschiedenen Welten, die virtuelle Welt und die Welt der realen Produktion, ineinander übergehen, miteinander verwachsen. Wir alle wissen noch nicht ganz genau - mir geht es jedenfalls so -, wie wir die Regeln in einer solchen Welt vernünftig gestalten. Ich glaube, wir müssen intensiv daran arbeiten, und deshalb bedanke ich mich für Ihre Initiativen.

Ein dritter Punkt ist die Energiewende. Wir wollen die Wende zu den erneuerbaren Energien schaffen. Wir werden im Dezember die Klimakonferenz in Paris haben. Diese Konferenz soll und muss ein Erfolg werden. Wenn dieses 21. Jahrhundert ein Erfolg sein soll, wenn wir den Klimawandel begrenzen wollen auf den Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen von 2 Grad in Bezug auf die Anfänge der Industrialisierung, dann muss es ein Jahrhundert der weitestgehenden Dekarbonisierung sein.

Das ist eine immense Herausforderung. Sachsen, Sachsen-Anhalt haben Braunkohlereviere. Wir wissen, was das für die Arbeitsplätze bedeutet. Wir haben jetzt, glaube ich, gute Lösungen versucht, um auch an die Beschäftigten gleichermaßen wie an die Umwelt zu denken. Wir müssen unsere gesamte Energieinfrastruktur umstrukturieren: Leitungsbau, Hochspannungsleitungen, Gleichstromleitungen. Ich weiß nicht, wie ver.di dazu steht. Im Grundsatz wahrscheinlich ja, aber im Detail öfter auch mal nein. Aber da sind Sie sozusagen aus der Mitte des Volkes; das kommt überall vor.

Aber wir brauchen natürlich eine neue Infrastruktur. Das sollte allen Einwendern, die erneuerbare Energien dort hinbringen wollen, wo die Energie auch verwendet wird, klar sein. Wir brauchen preisgünstige Energie, und gleichzeitig müssen wir in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Sonntag, 20. September 2015
Rede der Bundeskanzlerin Angela Merkel

Meine Damen und Herren, all das bedeutet: Bildung und Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sind zentrale Bausteine der Arbeit einer Gewerkschaft, aber auch der Politik. Lebenslanges Lernen, das steht nicht nur auf dem Papier, das ist Teil des digitalen Wandels, das ist Teil des Wandels in unserer Gesellschaft.

Deshalb möchte ich mich bedanken, dass wir aus der Allianz für Ausbildung, bei der der DGB damals nicht mitgemacht hatte, eine Allianz für Aus- und Weiterbildung mit den Gewerkschaften gemacht haben; denn sie haben immer, egal ob sie an dieser Allianz mitgearbeitet haben oder nicht, sich unglaublich für Ausbildung, aber auch für Weiterbildung eingesetzt. Dafür ein herzliches Dankeschön. Vielen, vielen jungen Menschen hat das geholfen und wird das helfen. (Beifall)

Meine Damen und Herren, es bleibt mir nur, Ihnen unter dem Motto, das Sie auf Ihre Art interpretieren werden - Stärke, Vielfalt, Zukunft -, spannende, erfolgreiche Tage zu wünschen, gute Diskussionen, die den großen Herausforderungen gerecht werden. Die Welt um uns herum schläft nicht, sie ist in Bewegung. Viele Menschen auf dieser Welt wollen Lebensbedingungen haben, wie wir sie haben, und das mit Recht. Das heißt, wir müssen uns dem fairen Wettbewerb stellen. Viele Menschen beneiden uns aber auch wegen des Systems der Partnerschaft, der Partnerschaft zwischen der Politik und den Tarifpartnern und der Tarifpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Gerade in der internationalen Finanzkrise konnten wir das sehen.

Ich glaube, auch jetzt, wo wir das große Problem haben, wie wir den Flüchtlingen, die eine Bleibeperspektive bei uns haben, auch eine gute Zukunft schaffen können, gerade in dieser Zeit ist es wieder wichtig zu wissen: In wichtigen Stunden haben wir immer auch gemeinsame Aktivitäten entwickelt. Das soll so bleiben. Ich jedenfalls möchte meinen Teil dazu beitragen. Und das sage ich im Namen der ganzen Bundesregierung.

Herzlichen Dank, dass Sie mich heute eingeladen haben. (Starker Beifall)

